

Matzka/Zeder/Rüdisser

SMG

Suchtmittelgesetz

Mit Kommentierung des NPSG

3. Auflage

Kurzkomentar

MANZ 

MANZSCHE KURZKOMMENTARE

Suchtmittelgesetz

Suchtmittelgesetz

KURZKOMMENTAR

mit Kommentierung des NPSG

samt einschlägigen Bestimmungen
in EU-Recht, internationalen Verträgen,
Verordnungen und Erlässen

herausgegeben von

MMag. Michael Matzka

Hofrat des Obersten Gerichtshofes

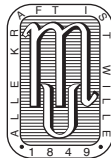
Dr. Fritz Zeder

Leitender Staatsanwalt
im Bundesministerium für Justiz
und Honorarprofessor in Wien

Mag. Gabriel Rüdisser

Richter am Landesgericht Feldkirch

3. Auflage



Wien 2017

MANZ'sche Verlags- und Universitätsbuchhandlung

Zitiervorschlag: *Matzka/Zeder/Rüdissler*, SMG³ (2017) § . . . Rz . . .

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme gespeichert, verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Sämtliche Angaben in diesem Werk erfolgen trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr; eine Haftung der Autoren sowie des Verlages ist ausgeschlossen.

ISBN 978-3-214-04553-1

© 2017 MANZ'sche Verlags- und Universitätsbuchhandlung GmbH, Wien

Telefon: (01) 531 61-0

E-Mail: verlag@manz.at

www.manz.at

Druck: FINIDR, s.r.o., Český Těšín

Vorwort

Die erste Auflage des von *Foregger/Litzka/Matzka* herausgegebenen Kurzkomentars zum Suchtmittelgesetz (der sich als Nachfolgerwerk zur MSA Suchtgiftgesetz von *Foregger/Litzka* verstand) erschien 1998, die zweite Auflage *Litzka/Matzka/Zeder* im Jahr 2008. Nach dem Ausscheiden von LStA iR Dr. *Gerhard Litzka* ist das verbleibende Autorenteam (*Michael Matzka, Fritz Zeder*) nun durch *Gabriel Rüdissler* verstärkt.

Das Erscheinen dieses Kommentars wurde durch eine im Suchtmittelbereich bislang nicht gesehene **Hyperaktivität des Gesetzgebers** verzögert: Allein fünf SMG-Novellen in den letzten drei Jahren ließen es angezeigt erscheinen, mit der Hinausgabe des Werkes zuzuwarten, um den Nutzern des Kommentars nicht einen schon bei der Anschaffung nicht mehr aktuellen Arbeitsbehelf zuzumuten. Dies ist gelungen, weil noch im Zuge der Drucklegung sowohl die SMG-Novelle 2017 als auch die am 30. Oktober 2017 trotz der zwischenzeitig erfolgten Wahlen kundgemachten Durchführungsverordnungen des BMG berücksichtigt werden konnten.

Die vorliegende dritte Auflage des Kurzkomentars zum Suchtmittelgesetz enthält und kommentiert den aktuellen **Gesetzestext des SMG in der Fassung der SMG-Novelle 2017** sowie das **NPSG**. Zum NPSG sind auch die Materialien bei den jeweiligen Gesetzesstellen abgedruckt, im Übrigen wurde von einem Abdruck der – wo erforderlich, in den Kommentierungen verarbeiteten, online gut zugänglichen – Materialien Abstand genommen.

Die überarbeiteten **Komentierungen** gehen umfassend auf **Rechtssprechung und Schrifttum bis etwa Mitte 2017** ein.

Bewährt sind die **Übersichten** vor den Gesetzeskomentierungen, welche deren Aufschließung erleichtern sollen, und die den Anhängen vorangestellten **Inhaltsübersichten**.

Weiterhin enthält das Werk in gewohnter Form:

- die einschlägigen **UN-Konventionen** (Anh I),

- das **EU-Recht** zu Drogen- und Drogenausgangsstoffen samt einer – aktualisierten – **einleitenden Darstellung** dieses für nationale Gesetzgeber und Rechtsanwender bedeutenden Gebietes (Anh II),
- alle bis Ende Oktober 2017 kundgemachten **innerstaatlichen Durchführungsverordnungen** auf aktuellem Stand, insbesondere die aktuellen Novellen zur Suchtgiftverordnung und zur Psychotropenverordnung sowie die Verordnung des BMI betreffend den Einsatz von Drogenortestgeräten im Straßenverkehr (Anh III), sowie
- wichtige **Erlässe** der zuständigen Zentralstellen (Anh IV).

Vorangestellt ist eine aktualisierte **Einleitung**, die einen Überblick über die Entstehungsgeschichte des SMG und die dafür maßgeblichen drogenpolitischen Grundannahmen sowie einen rechtspolitischen Ausblick bietet.

Die Bezeichnungen „BMG“ und „Gesundheitsministerium“ stehen für jedes Ministerium, das nach der jeweils aktuellen Ressortverteilung für den Bereich Gesundheit zuständig ist.

Die Autoren sind zuversichtlich, dass das somit in bewährter Form vorliegende Werk weiterhin im juristischen wie auch im Gesundheitsbereich einen hilfreichen Beitrag für die Rechtsanwendung dieser mehr denn je im rechts- und gesellschaftspolitischen Fokus stehenden Querschnittsmaterie leisten kann.

Wien und Bregenz, im November 2017

*Michael Matzka
Fritz Zeder
Gabriel Rüdissler*

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Abkürzungen, abgekürzt zitierte Literatur	XV
Literaturverzeichnis	XXIX
Einleitung	XXXIX

Bundesgesetz über Suchtgifte, psychotrope Stoffe und Drogenausgangsstoffe (Suchtmittelgesetz – SMG)

1. Hauptstück

Anwendungsbereich und Begriffsbestimmungen

§ 1. Anwendungsbereich, Begriff Suchtmittel	1
§ 2. Suchtgifte	7
§ 3. Psychotrope Stoffe	19
§ 4. Drogenausgangsstoffe	20

2. Hauptstück

Suchtmittel

1. Abschnitt

Verkehr und Gebarung mit Suchtmitteln

§ 5. Beschränkungen	22
§ 6. Erzeugung, Verarbeitung, Umwandlung, Erwerb und Besitz ..	25
§ 6a. Anbau von Pflanzen der Gattung Cannabis zwecks Gewinn- nung von Suchtgift für die Herstellung von Arzneimitteln ..	38
§ 7. Abgabe durch Apotheken	42
§ 8. Ärztliche Behandlung, Verschreibung und Abgabe	44
§ 8a. Opioid-Substitutionsbehandlung	52
§ 9. Sicherungsmaßnahmen	61
§ 10. Verordnung	64

2. Abschnitt

Gesundheitsbezogene Maßnahmen bei Suchtgiftmißbrauch

§ 11.	66
------------	----

§ 12.	76
§ 13.	83
§ 14.	98

3. Abschnitt

Einrichtungen und Vereinigungen mit Betreuungsangebot für Personen im Hinblick auf Suchtgiftmisbrauch

§ 15.	102
§ 16.	116

3. Hauptstück

Verkehr und Gebarung mit Drogenausgangsstoffen

§ 17. Vorkehrungen der Wirtschaftsbeteiligten	120
§ 18. Auskunfterteilung durch Wirtschaftsbeteiligte	123
§ 19. Überwachung	124
§ 20.	129
§ 21. Sicherstellung und Beschlagnahme	130
§ 22. Verhältnis zum Chemikaliengesetz	133

4. Hauptstück

Überwachung des Verkehrs und der Gebarung mit Suchtmitteln und Drogenausgangsstoffen, Suchtmittel-Datenevidenz und Information

§ 23. Überwachung des Verkehrs und der Gebarung mit Sucht- mitteln und Drogenausgangsstoffen	133
§ 24. Suchtmittel-Datenevidenz	137
§ 24 a. Meldungen an das Suchtmittelregister	139
§ 24 b. Meldungen an das bundesweite Substitutionsregister	142
§ 24 c. Meldungen und Übermittlungen betreffend suchtgiftbezo- gene Todesfälle	145
§ 24 d. Datenverwendung für statistische und wissenschaftliche Un- tersuchungen	148
§ 25. Einrichtung und Betrieb des Suchtmittelregisters und des bundesweiten Substitutionsregisters	150
§ 26. Datenübermittlung	157
§ 26 a. Information	159

5. Hauptstück

Strafrechtliche Bestimmungen und Verfahrensvorschriften

1. Abschnitt

Gerichtliche Strafbestimmungen für Suchtgifte

§ 27.	Unerlaubter Umgang mit Suchtgiften	160
§ 28.	Vorbereitung von Suchtgifthandel	220
§ 28 a.	Suchtgifthandel	228
§ 28 b.	Grenzmenge für Suchtgifte	246
§ 29.	[entfallen]	265

2. Abschnitt

Gerichtliche Strafbestimmungen für psychotrope Stoffe

§ 30.	Unerlaubter Umgang mit psychotropen Stoffen	265
§ 31.	Vorbereitung des Handels mit psychotropen Stoffen	269
§ 31 a.	Handel mit psychotropen Stoffen	271
§ 31 b.	Grenzmenge für psychotrope Stoffe	275

3. Abschnitt

Gerichtliche Strafbestimmungen für Drogenausgangsstoffe

§ 32.	Unerlaubter Umgang mit Drogenausgangsstoffen	276
-------	--	-----

4. Abschnitt

Weitere strafrechtliche Bestimmungen

§ 33.	Zusammentreffen mit Finanzvergehen	280
§ 34.	Einziehung	284
§ 35.	Vorläufiger Rücktritt von der Verfolgung durch die Staatsanwaltschaft	295
§ 36.	Überwachung der gesundheitsbezogenen Maßnahme und Durchführung der Bewährungshilfe	316
§ 37.	Vorläufige Einstellung durch das Gericht	318
§ 38.	Nachträgliche Fortsetzung des Strafverfahrens, endgültiger Rücktritt von der Verfolgung und endgültige Einstellung des Strafverfahrens	319
§ 39.	Aufschub des Strafvollzuges	326
§ 40.	Nachträgliche bedingte Strafnachsicht und Absehen vom Widerruf	340
§ 41.	Kostentragung	348
§ 42.	Auskunftsbeschränkung	357

5. Abschnitt

§ 43. Befugnisse der Sicherheitsbehörden, der Organe des öffentlichen Sicherheitsdienstes und der Zollorgane 360

6. Abschnitt

§ 44. Verwaltungsstrafbestimmungen 368
§ 44 a. 372

6. Hauptstück

Schluß-, Inkrafttretens- und Übergangsbestimmungen

§ 45. 375
§ 46. 378
§ 47. 379
§ 48. 384
§ 49. 385
§ 50. 385

**Bundesgesetz über den Schutz vor Gesundheitsgefahren
im Zusammenhang mit Neuen Psychoaktiven Substanzen**

(Neue-Psychoaktive-Substanzen-Gesetz – NPSG)

§ 1. Begriffsbestimmungen 389
§ 2. Anwendungsbereich 398
§ 3. Verordnung 401
§ 4. Gerichtliche Strafbestimmungen 411
§ 5. Einziehung 421
§ 6. Verdacht auf arzneimittelrechtliche Verstöße 424
§ 7. Sicherstellungsbefugnis und Informationspflichten der Zollbehörden 426
§ 8. Monitoring 428
§ 9. Vollziehung 432
§ 10. Schlussbestimmungen 432
§ 11. Inkrafttreten 432

Anhang I: Internationale Konventionen

A. Einzige Suchtgiftkonvention 1961 samt Anhängen sowie Erklärung der Republik Österreich zu Artikel 36 434
B. Übereinkommen von 1971 über psychotrope Stoffe samt Anhängen und Erklärung – Psychotropenkonvention 1971 BGBl III 1997/148 480

C. Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen den unerlaubten Verkehr mit Suchtgiften und psychotropen Stoffen samt Anlage und Erklärungen – Wiener Konvention 1988	518
---	-----

Anhang II: Europäische Union

A. Einführung: Das Drogenrecht der Europäischen Union	558
I. Übersicht über die primärrechtlichen Grundlagen	558
A. Gesundheitspolitik	558
B. Zusammenarbeit im Strafrecht und Polizeizusammenarbeit.	559
C. Andere Politikbereiche der Union	559
D. Drogenausgangsstoffe	559
II. Institutionen und Agenturen	560
A. Allgemeines: Kommission, Rat, Parlament.	560
B. Europäische Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht (EBDD)	560
III. EU-Drogenstrategie und EU-Aktionsplan	561
IV. Präventive Maßnahmen	562
V. Strafrecht.	562
A. Mindeststandards für Tatbestände	562
B. Rahmenschlusskonforme Auslegung	563
C. Beschränkungen der Strafbarkeit.	564
1. Hanfanbau und -import.	564
2. Hinterziehung von Zoll und Umsatzsteuer durch Schmuggel von Suchtmittel	564
VI. Neue psychoaktive Substanzen	567
VII. Polizeiliche Zusammenarbeit	570
VIII. Drogenaustauschstoffe	571
A. Handel innerhalb der Union.	571
B. Handel mit Drittstaaten.	572
IX. Kofinanzierung von Projekten.	573
X. Außenbeziehungen.	573
B. Empfehlung des Rates 2003/488/EG vom 18. Juni 2003 zur Prävention und Reduzierung von Gesundheitsschäden im Zusammenhang mit der Drogenabhängigkeit	575
C. Rahmenbeschluss 2004/757/JI des Rates vom 25. Oktober 2004 zur Festlegung von Mindestvorschriften über die Tatbestandsmerkmale strafbarer Handlungen und die Strafen im Bereich des illegalen Drogenhandels	581
D. Verordnung (EG) Nr. 1920/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 über die Europäische Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht (Neufassung)	589

Inhaltsverzeichnis

E. Verordnung (EG) Nr. 273/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Februar 2004 betreffend Drogenausgangsstoffe. .	609
F. Verordnung (EG) Nr. 111/2005 des Rates vom 22. Dezember 2004 zur Festlegung von Vorschriften für die Überwachung des Handels mit Drogenausgangsstoffen zwischen der Union und Drittländern	632
G. Delegierte Verordnung (EU) 2015/1011 der Kommission vom 24. April 2015 zur Ergänzung der Verordnung (EG) Nr. 273/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates und der Verordnung (EG) Nr. 111/2005 des Rates zur Festlegung von Vorschriften für die Überwachung des Handels mit Drogenausgangsstoffen zwischen der Gemeinschaft und Drittländern sowie zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1277/2005 der Kommission	657
H. Durchführungsverordnung (EU) 2015/1013 der Kommission vom 25. Juni 2015 mit Vorschriften in Bezug auf die Verordnung (EG) Nr. 273/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend Drogenausgangsstoffe und auf die Verordnung (EG) Nr. 111/2005 des Rates zur Festlegung von Vorschriften für die Überwachung des Handels mit Drogenausgangsstoffen zwischen der Union und Drittländern	670

Anhang III: Innerstaatliche Verordnungen

A. Suchtgiftverordnung – SV	681
B. Psychotropenverordnung – PV	738
C. Suchtgift-Grenzmengenverordnung – SGV	764
D. Psychotropen-Grenzmengenverordnung – PGV	772
E. Kundmachung – Betreuungseinrichtungen	776
F. Weiterbildungsverordnung orale Substitution	794
G. Neue-Psychoaktive-Substanzen-Verordnung – NPSV	804
H. Speichelvortestgeräteverordnung 2017	815

Anhang IV: Erlässe

A. Justizministerium	819
1. Einführungserlas zum SMG und den Verordnungen	819
2. Erlass zu Verträgen mit Einrichtungen	852
3. Erlass zur SMG-Novelle 2001	863
4. Einführungserlass zur SMG-Novelle 2007	867
5. Erlass über die Verwahrung und Vernichtung sichergestellter oder eingezogener Suchtmittel	889
6. Erlass über die Änderungen (. . .) des SMG (. . .) durch das BBG 2011 (Auszug)	893

7. Einführungserlass zum NPSG und zur NPSV.	896
8. Erlass zur Einziehung und Vernichtung sichergestellter Suchtmittel und Pflanzen (insbesondere Cannabis) und zu § 34 SMG in der Fassung des StPRÄG 2014.	902
9. Einführungserlass zum StRÄG 2015 (Auszug Gewerbsmäßigkeit neu).	905
10. Einführungserlass zur Änderung des SMG durch das StRÄG 2015 und das BBG 2016	908
11. Einführungserlass zur neuen Qualifikation „Verkauf von Suchtgift an öffentlichen Orten“ in § 27 Abs 2a	914
12. Erlass über die Anpassung der mit Einrichtungen vereinbarten Pauschalsätze.	918
B. Gesundheitsministerium	920
1. Richtlinien § 15-Einrichtungen	920
2. Einführungserlass zur Neuordnung der Substitutionsbehandlung	951
3. Information für die Gesundheitsbehörden betreffend Neuerungen im Suchtmittelgesetz	974
C. Innenministerium	990
1. Vereinfachte Probenahme bei Cannabispflanzen	990
2. Richtlinien für das Einschreiten der Organe der Straßenaufsicht bei Beeinträchtigung durch Alkohol oder Suchtgift (Neuverlautbarung)	997
3. Gesetzliche Änderungen mit 1. Jänner 2016	1015
4. Suchtmittel-Datenworkflow; Optimierung der Datenqualität	1019
5. Änderung des Suchtmittelgesetzes; Qualifikation des „Öffentlichen Handels mit Suchtgift“.	1024
6. Straßenverkehrssicherheit – Pilotprojekt zum Einsatz von Speichelvortestgeräten	1028
D. Unterrichtsministerium	1033
1. Rundschreiben zu § 13 Suchtmittelgesetz	1033

Anhang V: Leitlinien des Gesundheitsministeriums

Leitlinie für die Gesundheitsbehörden: Handbuch für die Vollziehung des § 12 Suchtmittelgesetz	1038
--	------

Stichwortverzeichnis	1041
---------------------------------------	------

Abkürzungen, abgekürzt zitierte Literatur

Abkürzungen und Zitierweise orientieren sich an den AZR⁷ (2012)

aA	= andere (-r) Ansicht
AB	= Ausschussbericht
ABG	= BG über das Arzneibuch (Arzneibuchgesetz 2012), BGBl I 2012/44
AbgÄG 2015	= Abgabenänderungsgesetz 2015, BGBl I 2015/163
ABGB	= Allgemeines Bürgerliches Gesetzbuch, JGS 1811/946
AbgrV	= V betreffend die Abgabe und Kennzeichnung bestimmter Arzneimittel im Kleinverkauf (Abgrenzungsverordnung 2004), BGBl II 2004/122
ABl	= Amtsblatt der EU
abl	= ablehnend
ABO	= V über den Betrieb von Apotheken und ärztlichen und tierärztlichen Hausapotheken (Apothekenbetriebsordnung 2005), BGBl II 2005/65
Abs	= Absatz
aF	= alte (-r) Fassung
AGES	= Österreichische Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit GmbH (§§ 1, 7 ff GESG)
ähnl	= ähnlich
allg	= allgemein
aM	= andere (-r) Meinung
AMG	= BG über die Herstellung und das Inverkehrbringen von Arzneimitteln (Arzneimittelgesetz – AMG), BGBl 1983/185
Anh	= Anhang, Anhänge
Anl	= Anlage (-n)
Anm	= Anmerkung (-en)
AnwBl	= Anwaltsblatt
ApG	= G betreffend die Regelung des Apothekenwesens (Apothekengesetz), RGrBl 1907/5
arg	= <i>argumento</i> , folgt aus
ARHG	= BG über die Auslieferung und die Rechtshilfe in Strafsachen (Auslieferungs- und Rechtshilfegesetz), BGBl 1979/529
Art	= Artikel

Abkürzungsverzeichnis

ÄrzteG	= BG über die Ausübung des ärztlichen Berufes und die Ständesvertretung der Ärzte (Ärztegesetz 1998), BGBl I 1998/169
ASlG	= Amtliche Sammlung wiederverlautbarter österreichischer Rechtsvorschriften
ASVG	= BG über die Allgemeine Sozialversicherung (Allgemeines Sozialversicherungsgesetz), BGBl 1955/189
aufgeh	= aufgehoben
AVG	= Allgemeines Verwaltungsverfahrensgesetz 1991, BGBl 1991/51
AVOG	= BG über den Aufbau und die Zuständigkeitsregelung der Abgabenverwaltung des Bundes (Abgabenverwaltungsorganisationsgesetz 2010), BGBl I 2010/9
AZR	= <i>Dax/Hopf</i> (Hrsg), Abkürzungs- und Zitierregeln der österreichischen Rechtsprache und europarechtlicher Rechtsquellen (AZR) ⁷ (2012)
B	= Beschluss, Beschlüsse
BAES	= Bundesamt für Ernährungssicherheit (§§ 1, 6 GESG)
BASG	= Bundesamt für Sicherheit im Gesundheitswesen (§§ 1, 6 a GESG)
BBG 2009	= Budgetbegleitgesetz 2009, BGBl I 2009/52
BBG 2011	= Budgetbegleitgesetz 2011, BGBl I 2010/111
BBG 2014	= Budgetbegleitgesetz 2014, BGBl I 2014/40
BBG 2016	= Budgetbegleitgesetz 2016, BGBl I 2015/144
bedenkl	= bedenklich
BewHG	= BG vom 27. 3. 1969 über die Bewährungshilfe (Bewährungshilfegesetz), BGBl 1969/146
BG	= Bundesgesetz (-e/-es)
BGBl	= Bundesgesetzblatt
BGH	= Bundesgerichtshof (-es) [BRD]
bish	= bisherig (-e/-er/-es/-em/-en)
B-KUVG	= BG über die Kranken- und Unfallversicherung öffentlich Bediensteter (Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz), BGBl 1967/200
BlgNR	= Beilage (-n) zu den stenografischen Prot des NR
BM	= Bundesminister (-in/-ium/-ien)
BMAGS	= BM für Arbeit, Gesundheit und Soziales
BMBF	= BM für Bildung und Frauen
BMF	= BM für Finanzen
BMFJ	= BM für Familien und Jugend
BMG	= BM für Gesundheit (s dazu im Vorwort)

BMG-Handbuch ²	=	BMG (Hrsg), Handbuch für die Vollziehung des § 12 SMG. Leitlinie für die Gesundheitsbehörden (2. Auflage 2017; https://www.bmgf.gv.at/home/Gesundheit/Drogen_Sucht/Drogen/Leitlinie_fuer_die_Gesundheitsbehoerden_Handbuch_fuer_die_Vollziehung_des_sect_12_Suchtmittelgesetz [September 2017])
BMG 1986	=	BG über die Zahl, den Wirkungsbereich und die Einrichtung der BM (Bundesministeriengesetz 1986), BGBl 1986/76
BMG-Nov 2009	=	Bundesministeriengesetz-Novelle 2009, BGBl I 2009/3
BMG-Nov 2014	=	Bundesministeriengesetz-Novelle 2014, BGBl I 2014/11
BMGF	=	BM für Gesundheit und Frauen
BMGFJ	=	BM für Gesundheit, Familie und Jugend
BMI	=	BM für Inneres
BMJ	=	BM für Justiz
BMLV	=	BM für Landesverteidigung und Sport
BMUK	=	BM für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten; BM für Unterricht und Kunst
BMUKK	=	BM für Unterricht, Kunst und Kultur
BMVIT	=	BM für Verkehr, Innovation und Technologie
BMWFJ	=	BM für Wirtschaft, Familie und Jugend
BMWFW	=	BM für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft
BR	=	Bundesrat
BRD	=	Bundesrepublik Deutschland
BReg	=	Bundesregierung
BVA	=	Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter
BVG	=	Bundesverfassungsgesetz
B-VG	=	Bundes-Verfassungsgesetz 1920 idF 1929, BGBl 1930/1
BVRBG	=	BVG zur Bereinigung des Bundesverfassungsrechtes (Erstes Bundesverfassungsrechtsbereinigungsgesetz), BGBl I 2008/2
BVwG	=	Bundesverwaltungsgericht
BvWGG	=	BG über die Organisation des Bundesverwaltungsgerichtes (Bundesverwaltungsgerichtsgesetz), BGBl I 2013/515
bzw	=	beziehungsweise
ChemG	=	BG über den Schutz des Menschen und der Umwelt vor Chemikalien (Chemikaliengesetz 1996), BGBl I 1997/53
CND	=	Commission on Narcotic Drugs, Suchtgift-/Suchtstoffkommission [VN]
DentG	=	BG betreffend die Regelung des Dentistenberufes (Dentistengesetz), BGBl 1949/90

Abkürzungsverzeichnis

dh	= das heißt
DSG	= BG über den Schutz personenbezogener Daten (Datenschutzgesetz 2000), BGBl I 1999/165
dt	= deutsch (-er/-e/-es)
EB	= Erläuternde Bemerkungen (Mat)
EBDD	= Europäische Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht, EMCDDA [EU]
EG	= Europäische Gemeinschaft (-en) [EU]
EGMR	= Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EGV	= Vertrag zur Gründung der EG [EU]
EinfErl	= Einführungserlass, -erlässe
EinfErl-StRÄG 2015	= Einführungserlass des BMJ v 15. 12. 2015 zum StRÄG 2015, BMJ-S 318.034/0041-IV/2015, eJABl 2016/2
EinfErl-SMG 2015	= Einführungserlass des BMJ v 24. 12. 2015 zur Änderung des SMG durch das StRÄG 2015 und das BBG 2016, BMJ-S 703.034/0014-IV 2/2015, eJABl 2015/35
EinfErl-SMG-Nov 2016	= Einführungserlass des BMJ v 30. 5. 2016 zur Änderung des SMG durch die SMG-Nov 2016, BMJ-S 703.034/0015-IV 2/2016, eJABl 2016/13
EinfErl-StPRÄG I 2016	= Einführungserlass des BMJ v 30. 5. 2016 über das StPRÄG I 2016, BMJ-S 578.029/0006-IV 3/2016, eJABl 2016/12
eJABl	= Fundstelle von Kundmachungen und Erl der Justizverwaltung im RIS (anstelle des 2014 eingestellten JABl), https://www.ris.bka.gv.at/Bm-Erlasse/
ELDD	= <i>European Legal Database on Drugs</i> , Europäische Rechtsdatenbank über Drogen der EBDD [EU]
EMA	= <i>European Medicines Agency</i> , Europäische Arzneimittel Agentur [EU]
EMCDDA	= <i>European Monitoring Center for Drugs and Drug Addiction</i> , EBDD [EU]
EMRK	= Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (Europäische Menschenrechtskonvention), BGBl 1958/210
EP	= Europäisches Parlament [EU]
ErgBd	= Ergänzungsband
ErgH	= Ergänzungsheft
Erk	= Erkenntnis (-se)
Erl	= Erlass, Erlässe
Erläut	= Erläuterung (-en)
ErläutRV	= Erläuterungen zur Regierungsvorlage

ESK	= Einzige Suchtgiftkonvention (<i>Single Convention</i>) 1961 in der durch das Protokoll von 1972 geänderten Fassung, BGBl 1978/531 [VN]
et al	= et alii, und andere
etc	= et cetera
EU	= Europäische Union
EuGeI	= Europäisches Gericht erster Instanz [EU]
EuGH	= Europäischer Gerichtshof [EU]
EU-JZG	= BG über die justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen mit den Mitgliedstaaten der EU, BGBl I 2004/36
EU-MediatG	= BG über bestimmte Aspekte der grenzüberschreitenden Mediation in Zivil- und Handelssachen in der EU (EU-Mediations-Gesetz), BGBl I 2011/21
EUV	= Vertrag über die EU, ABl C 1992/191, 1
EvBl	= Evidenzblatt der Rechtsmittelentscheidungen, in ÖJZ
EvBl-LS	= Evidenzblatt-Leitsätze, in ÖJZ
EWG	= Europäische Wirtschaftsgemeinschaft [EU]
EWR	= Europäischer Wirtschaftsraum
f; ff	= und der/die folgende; und die folgenden
FinStrG	= BG betreffend das Finanzstrafrecht und das Finanzstrafverfahrensrecht (Finanzstrafgesetz), BGBl 1958/129
FN	= Fußnote (-n)
FPG	= Fremdenpolizeigesetz 2005, BGBl I 2005100
FS	= Festschrift
FS Burgstaller	= <i>Grafl/Medigovic</i> , Festschrift für Manfred Burgstaller (2004)
FS Jesionek	= <i>Moos/Machacek/Miklauer/Müller/Schroll</i> , Festschrift für Udo Jesionek (2002)
FS Putzer	= <i>Aichhorn/Rinnerthaler</i> , Festschrift für Peter Putzer (2004)
FSG	= Führerscheingesetz, BGBl I 1997/120
F-VG 1948	= BVG über die Regelung der finanziellen Beziehungen zwischen dem Bund und den übrigen Gebietskörperschaften (Finanz-Verfassungsgesetz 1948), BGBl 1948/45
g	= Gramm
G	= Gesetz (-e/-es)
GA	= Goldammer's Archiv für Strafrecht [BRD]
GAFB	= G über die Ausbildung von Frauen im Bundesheer, BGBl I 1998/30
GD	= Generaldirektion [EU]
gem	= gemäß

Abkürzungsverzeichnis

GESG	= BG, mit dem die AGES errichtet und das BAES sowie das BASG eingerichtet werden (Gesundheits- und Ernährungssicherheitsgesetz), BGBl I 2002/63
GewO	= Gewerbeordnung 1994, BGBl 1994/194
ggf	= gegebenenfalls
GK	= Große Kammer [EGMR]
GO-BR	= Kundmachung des BK betreffend die Geschäftsordnung des Bundesrates, BGBl 1988/361
GOG	= G, womit Vorschriften über die Besetzung, innere Einrichtung und Geschäftsordnung der Gerichte erlassen werden (Gerichtsorganisationsgesetz), RGBl 1896/217
GOG-NR	= BG über die Geschäftsordnung des Nationalrates (Geschäftsordnungsgesetz 1975), BGBl 1975/410
GP	= Gesetzgebungsperiode
GRC	= Charta der Grundrechte der EU vom 18. 12. 2000, ABl C 2000/354, 1
grds	= grundsätzlich
GrekoG	= BG über die Durchführung von Personenkontrollen aus Anlass des Grenzübertrittes (Grenzkontrollgesetz), BGBl 1996/435
GTelG 2012	= BG betreffend Datensicherheitsmaßnahmen bei der Verwendung elektronischer Gesundheitsdaten (Gesundheitstelematikgesetz 2012), BGBl I 2012/111
H	= Heft (-e)
hA	= herrschende (-r) Auffassung
HebG	= BG über den Hebammenberuf (Hebammengesetz), BGBl 1994/310
HIV	= Humanes Immundefizienz-Virus, <i>human immunodeficiency virus</i>
hins	= hinsichtlich
Hinw	= Hinweis
hL	= herrschende (-r) Lehre
hM	= herrschende (-r) Meinung
Hrsg (hrsg)	= Herausgeber/-in (herausgegeben von)
HV	= Hauptverhandlung
IA	= parlamentarischer Initiativantrag (selbstständiger Antrag iSd § 26 GOG-NR bzw § 21 GO-BR)
idF	= in der Fassung
idR	= in der Regel
idS	= in d(ies)em Sinne
IStGH	= Internationaler Strafgerichtshof

INCB	= International Narcotics Control Board, Suchtgiftkontrollrat [VN]
insb	= insbesondere
insges	= insgesamt
iS, iSd, iSv	= im Sinne (des/der/von)
iVm	= in Verbindung mit
JABl	= Amtsblatt der österreichischen Justizverwaltung (bis 30. 6. 2014 – §§ 78 d Abs 4 und 5, 98 Abs 19 GOG idF Art 9 BBG 2014)
JAP	= Juristische Ausbildung und Praxisvorbereitung
JBl	= Juristische Blätter
JGG 1988	= BG über die Rechtspflege bei Straftaten Jugendlicher und junger Erwachsener (Jugendgerichtsgesetz 1988), BGBl 1988/599
JGG-ÄndG 2015	= BG, mit dem das JGG 1988, das StGB und das BewHG geändert werden, und mit dem ein BG zur Tilgung von Verurteilungen nach §§ 129 I, 129 I lit b, 500 oder 500 a StG 1945 sowie §§ 209 oder 210 StGB erlassen wird, BGBl I 2015/154
JGS	= Justizgesetzsammlung, Gesetze und Verordnungen im Justizfach (1780 – 1848)
JME	= Justizministerialerlass
JMZ	= Geschäftszahl von Akten des BMJ
JRP	= Journal für Rechtspolitik
JSt	= Journal für Strafrecht
Jud	= Judikatur, Rechtsprechung
KAKuG	= BG über Krankenanstalten und Kuranstalten, BGBl 1957/1
KBB ⁴	= <i>Koziol/Bydlinski/Bollenberger</i> , Kurzkommentar zum ABGB ⁴ (2014) mit ErgH (2014)
kg	= Kilogramm
KindNamRÄG 2013	= Kindschafts- und Namensrechts-Änderungsgesetz 2013, BGBl I 2013/15
KindRÄG 2001	= Kindschaftsrechts-Änderungsgesetz 2001, BGBl I 2000/135
Klang ³	= <i>Fenyves/Kerschner/Vonkilch</i> , 3. Auflage des von Dr. Heinrich Klang begründeten Kommentars zum ABGB (ab 2006)
Komm	= Kommentar
krit	= kritisch
leg cit	= legis citatae, der zitierten Vorschrift
LG	= Landesgericht (-e/-es)

Abkürzungsverzeichnis

lit	= litera (-e), Buchstabe (-n)
Lit	= Literatur
LReg	= Landesregierung (-en)
LVwG	= Landesverwaltungsgericht (-e/-es)
Mat	= Parlamentarische Materialien
maW	= mit anderen Worten
MBG	= BG über Aufgaben und Befugnisse im Rahmen der militärischen Landesverteidigung (Militärbefugnisgesetz), BGBl I 2000/86
ME	= Ministerialentwurf
mg	= Milligramm
mH	= mit Hinweis (-en)
Mio	= Million (-en)
mN	= mit Nachweis (-en)
mwH	= mit weiteren Hinweisen
mwN	= mit weiteren Nachweisen
nF	= neue (-r) Fassung
NJW	= Neue Juristische Wochenschrift [BRD]
Nov	= Novelle (-n)
NPSG	= BG über den Schutz vor Gesundheitsgefahren im Zusammenhang mit Neuen Psychoaktiven Substanzen, BGBl I 2011/146
NPSV	= V des BMG, mit der eine V über Neue Psychoaktive Substanzen erlassen (Neue-Psychoaktive-Substanzen-Verordnung – NPSV) und die V betreffend das Inverkehrbringen, den Import und das Verbringen von Räumermischungen, die cannabonomimetisch wirksame Stoffe enthalten, aufgehoben wird, BGBl II 2011/468
NR	= Nationalrat
Nr	= Nummer (-n)
NRsp	= Neue Rechtsprechung des OGH (in ÖJZ)
NStZ	= Neue Zeitschrift für Strafrecht [BRD]
nv	= nicht veröffentlicht
oä	= oder ähnlich (-e/-er/-es)
ÖBIG	= Österreichisches Bundesinstitut für Gesundheitswesen; Geschäftsbereich der Gesundheit Österreich GmbH
offensichtl	= offensichtlich (-e/-er/-es/-em/-en)
ÖGABS	= Österreichische Gesellschaft für arzneimittelgestützte Behandlung von Suchtkrankheit
ÖGAM	= Österreichische Gesellschaft für Allgemein- und Familienmedizin
OGH	= Oberster Gerichtshof

ÖGKJP	= Österreichische Gesellschaft für Kinder- und Jugendpsychiatrie, Psychosomatik und Psychotherapie
ÖGPP	= Österreichische Gesellschaft für Psychiatrie und Psychotherapie
ÖJZ	= Österreichische Juristenzeitung
ÖJZ-LSK	= Leitsatzkartei der ÖJZ
OLG	= Oberlandesgericht
ÖStZ	= Österreichische Steuer-Zeitung
ÖStZB	= Beilage zur ÖStZ
Ottenstein	= <i>BMJ</i> (Hrsg), Ottensteiner Fortbildungsseminar aus Strafrecht und Kriminologie (<i>Autor</i> , Titel, in Ottenstein [Jahr], Seite [Erscheinungsjahr])
PGV	= Psychotropengrenzmengenverordnung, BGBl II 1997/378
Pkt	= Punkt (-e/-en)
ppm	= <i>part (-s) per million</i> ; Teil (-e) pro Million; 10^{-6} = 0,0001%
Prot	= Protokoll (-e/-en)
PsychologenG 1990	= BG über die Führung der Berufsbezeichnung „Psychologe“ oder „Psychologin“ und über die Ausübung des psychologischen Berufes im Bereich des Gesundheitswesens (Psychologengesetz), BGBl 1990/360
PsychologenG 2013	= BG über die Führung der Bezeichnung „Psychologin“ oder „Psychologe“ und über die Ausübung der Gesundheitspsychologie und der Klinischen Psychologie (Psychologengesetz 2013), BGBl I 2013/182
PsychotherapieG	= BG über die Ausübung der Psychotherapie (Psychotherapiegesetz), BGBl 1990/361
Psychotropenkonvention 1971	= Übereinkommen von 1971 über psychotrope Stoffe samt Anhängen und Erklärung, BGBl III 1997/148 [VN]
PV	= Psychotropenverordnung, BGBl II 1997/375
RB	= Rahmenbeschluss 2004/757/JI v 25. 10. 2004 zur Festlegung von Mindestvorschriften über die Tatbestandsmerkmale strafbarer Handlungen und die Strafen im Bereich des illegalen Drogenhandels, ABl L 2004/335, 8 [EU]
RdM	= Recht der Medizin
REITOX	= <i>Réseau européen d'information sur les drogues et les toxicomanies</i> , Europäisches Informationsnetz für Drogen und Drogensucht [EU]
RGBl	= Reichsgesetzblatt

Abkürzungsverzeichnis

RIS	= Rechtsinformationssystem des Bundes, www.ris.bka.gv.at
RIS-Justiz	= Sammlung der Rechtsprechung der österreichischen Gerichte im RIS, www.ris.bka.gv.at/jus/
RL	= Richtlinie [EU]
Rn	= Randnummer (-n); Randnote (-n)
RS	= Rechtssatzlinie des Obersten Gerichtshofes im RIS (RS +7 Ziffern, zB RIS-Justiz RS1234567)
Rs	= Rechtssache [bei Europäischen Gerichten]
Rsp	= Rechtsprechung, Judikatur
RV	= Regierungsvorlage (-n)
RW	= Rechtssatzlinie des OLG Wien im RIS (RS+7 Ziffern, zB RIS-Justiz RW1234567)
Rz	= Randzahl (-en); Randziffer (-n)
RZ	= Österreichische Richterzeitung
s	= siehe
SaatG	= BG über die Saatgutankennung, die Saatgutzulassung und das Inverkehrbringen von Saatgut sowie die Sortenzulassung (Saatgutgesetz 1997), BGBl I 1997/72
SbgK	= <i>Triffterer/Rosbaud/Hinterhofer</i> , Salzburger Komm zum StGB (ab 1992)
SchO	= V des BMUK v 24. 6. 1974 betreffend die Schulordnung, BGBl 1974/373
SchOG	= BG vom 25. 7. 1962 über die Schulorganisation (Schulorganisationsgesetz), BGBl 1962/242
SchUG	= BG über die Ordnung von Unterricht und Erziehung in den im SchOG geregelten Schulen (Schulunterrichtsgesetz), BGBl 1986/472
SDÜ	= Übk v 19. 6. 1990 zur Durchführung des Übk von Schengen v 14. 6. 1985 zwischen den Regierungen der Staaten der Benelux-Wirtschaftsunion, der BRD und der Französischen Republik betreffend den schrittweisen Abbau der Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen (Schengener Durchführungsübereinkommen), BGBl III 1997/90
Seerechts-Übk	= Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen, BGBl 1995/885 [VN]
SexualStRÄG	= Sexualstrafrechtsänderungsgesetz 2013, BGBl I 2013/116
SGG 1951	= BG über den Verkehr und die Gebarung mit Suchtgiften (Suchtgiftgesetz), BGBl 1951/234
SGG-Nov 1971	= Suchtgiftgesetznovelle 1971, BGBl 1971/271
SGG-Nov 1977	= Suchtgiftgesetznovelle 1977, BGBl 1978/532
SGG-Nov 1980	= Suchtgiftgesetznovelle 1980, BGBl 1980/319

- SGG-Nov 1985 = Suchtgiftgesetznovelle 1985, BGBl 1985/184
- SGV = Suchtgiftgrenzmengenverordnung, BGBl II 1997/377
- SIAK-Journal = SIAK-Journal – Zeitschrift für Polizeiwissenschaft und polizeiliche Praxis
- Single Convention = Einzige Suchtgiftkonvention (ESK) 1961 in der durch das Protokoll von 1972 geänderten Fassung, BGBl 1978/531 [VN]
- sKp = BG, mit dem das StGB, die StPO 1975, das StAG und das GOG zur Stärkung der strafrechtlichen Kompetenz geändert werden (strafrechtliches Kompetenzpaket), BGBl I 2010/108
- Slg = Sammlung; auch: Sammlung der Rsp des EuGH und des EuGeI [EU]
- SMG = BG über Suchtgifte, psychotrope Stoffe und Drogenausgangsstoffe (Suchtmittelgesetz 1998), BGBl I 1997/112
- SMG-Nov 2001 = BG, mit dem das SMG geändert wird, BGBl I 2001/51
- SMG-Nov 2007 = Suchtmittelgesetznovelle 2007, BGBl I 2007/110
- SMG-Nov 2008 = BG, mit dem das SMG und das GESG geändert werden, BGBl I 2008/143
- SMG-Nov 2016 = BG, mit dem das SMG geändert wird, BGBl I 2016/23
- SMG-Nov 2017 = BG, mit dem das SMG geändert wird, BGBl I 2017/116
- SNG = Sicherheitsbehörden-Neustrukturierungs-Gesetz, BGBl I 2012/50
- sog = so genannt (-e/-er/-es/-en)
- SPG = BG über die Organisation der Sicherheitsverwaltung und die Ausübung der Sicherheitspolizei (Sicherheitspolizeigesetz), BGBl 1991/566
- SPG-Nov 2005 = Sicherheitspolizeigesetznovelle 2005, BGBl I 2004/151
- SSt = Entscheidungen des OGH in Straf- und Disziplinarsachen
- StF = Stammfassung
- StA = Staatsanwalt/-wältin/-waltschaft
- StAG = BG über die staatsanwaltschaftlichen Behörden (Staatsanwaltschaftsgesetz), BGBl 1986/164
- StG 1945 = Österreichisches Strafgesetz RGBl 1852/117, wv ASlg 1945/2
- StGB = BG über die mit gerichtlicher Strafe bedrohten Handlungen (Strafgesetzbuch), BGBl 1974/60
- StGBI = Staatsgesetzblatt für die Republik Österreich
- StPO = Strafprozessordnung 1975, BGBl 1975/631
- StPRÄG 2014 = Strafprozessrechtsänderungsgesetz 2014, BGBl I 2014/71

Abkürzungsverzeichnis

StPRÄG I 2016	=	Strafprozessrechtsänderungsgesetz I 2016, BGBl I 2016/26
StPRefG	=	BG, mit dem die StPO neu gestaltet wird (Strafprozessreformgesetz), BGBl I 2004/19
StRÄG 1987	=	Strafrechtsänderungsgesetz 1987, BGBl 1987/605
StRÄG 1996	=	Strafrechtsänderungsgesetz 1996, BGBl 1996/762
StRÄG 2002	=	Strafrechtsänderungsgesetz 2002, BGBl I 2002/134
StRÄG 2004	=	Strafrechtsänderungsgesetz 2004, BGBl I 2004/15
StRÄG 2008	=	Strafrechtsänderungsgesetz 2008, BGBl I 2007/109
StRÄG 2015	=	Strafrechtsänderungsgesetz 2015, BGBl I 2015/112
StRegG	=	BG über die Evidenthaltung strafgerichtlicher Verurteilungen (Strafregistergesetz), BGBl 1968/277
stRsp	=	ständige (-r) Rechtsprechung
StVG	=	BG über den Vollzug der Freiheitsstrafen und der mit Freiheitsentziehung verbundenen vorbeugenden Maßnahmen (Strafvollzugsgesetz), BGBl 1969/144
StVO	=	BG, mit dem Vorschriften über die Straßenpolizei erlassen werden (Straßenverkehrsordnung 1960), BGBl 1960/159
SV	=	Suchtgiftverordnung, BGBl II 1997/374
SV-Nov I 2006	=	V der BMGF, mit der die SV geändert wird, BGBl II 2006/227
SV-Nov II 2006	=	V der BMGF, mit der die SV geändert wird, BGBl II 2006/451
SV-Nov I 2008	=	V der BMGF, mit der die SV geändert wird, BGBl II 2008/166
SV-Nov II 2008	=	V der BMGF, mit der die SV geändert wird, BGBl II 2008/480
SV-Nov I 2009	=	V des BMG, mit der die SV geändert wird, BGBl II 2009/173
SV-Nov II 2009	=	V des BMG, mit der die SV geändert wird, BGBl II 2009/485
SV-Nov 2015	=	V der BMG, mit der die SV geändert wird, BGBl II 2015/257
SV-Nov 2017	=	V der BMGF, mit der die SV geändert wird, BGBl II 2017/292
teilw	=	teilweise (-r/-s/-m/-n)
THC	=	Tetrahydrocannabinol
TierärzteG	=	BG über den Tierarzt und seine berufliche Vertretung (Tierärztegesetz), BGBl 1975/16
TilgG	=	BG über die Tilgung von Verurteilungen und die Beschränkung der Auskunft (Tilgungsgesetz 1972), BGBl 1972/68

U	= Urteil (-e/-es)
ua	= unter anderem/-n
uä	= und ähnlich (-e/-er/-es)
Übk	= Übereinkommen (-s)
udgl	= und dergleichen
UFS	= Unabhängiger Finanzsenat
UN, UNO	= United Nations Organization, Vereinte Nationen
UN-Comm 1961	= Commentary on the Single Convention on Narcotic Drugs 1961 (1973), Komm zur ESK 1961 [VN]
UN-Comm 1971	= Commentary on the Convention on Psychotropic Sub- stances 1971 (1976), Komm zur Psychotropenkonven- tion 1971 [VN]
UN-Comm 1972	= Commentary on the Protocol amending the Single Convention on Narcotic Drugs 1961 (1976), Komm zum die ESK 1961 ändernden Prot 1972 [VN]
UN-Comm 1988	= Commentary on the UN Convention against Illicit Traffic in Narcotic Drugs and Psychotropic Substances 1988 (1998), Komm zur „Wiener Konvention“ 1988 [VN]
Unterabs	= Unterabsatz
unzutr	= unzutreffend (-e/-er/-es)
usf	= und so fort
usw	= und so weiter
uU	= unter Umständen
UVS	= Unabhängiger Verwaltungssenat
V	= Verordnung (-en) [innerstaatlich]
v	= vom, von
VfGH	= Verfassungsgerichtshof (-es)
VfSlg	= Slg der Erk und wichtigsten B des VfGH
vgl	= vergleiche
VN	= Vereinte Nationen, UNO
VN Suchtgift	= „Wiener Konvention“ 1988
Übk	
VO	= Verordnung (-en) [EU]
VoraufI	= <i>Litzka/Matzka/Zeder</i> , SMG ² (2009)
Vorbem	= Vorbemerkung (-en)
VorlV	= Vorläuferstoffverordnung, BGBl II 1997/376 (aufgeh durch die V BGBl II 2007/45)
vs	= versus, gegen (-über)
VStG	= Verwaltungsstrafgesetz 1991, BGBl 1991/52
VVG	= Verwaltungsvollstreckungsgesetz 1991, BGBl 1991/53
VwGH	= Verwaltungsgerichtshof (-es)

Abkürzungsverzeichnis

VwSlg (A/F)	= Slg der Erk und B des VwGH (Administrativ-/Finanzrechtlicher Teil)
wbl	= Wirtschaftsrechtliche Blätter
WG	= Wehrgesetz 2001, BGBl I 2001/146
WHO	= <i>World Health Organization</i> , Weltgesundheitsorganisation [VN]
„Wiener Konvention“ 1988	= Übk der VN gegen den unerlaubten Verkehr mit Suchtgiften und psychotropen Stoffen samt Anlage und Erklärungen, BGBl III 1997/154 [VN]
WK ¹	= <i>Foregger/Nowakowski</i> , Wiener Komm zum StGB, 1. Auflage (ab 1979)
WK ²	= <i>Höpfel/Ratz</i> , Wiener Komm zum StGB, 2. Auflage (ab 1999)
WK-StPO	= <i>Fuchs/Ratz</i> , Wiener Komm zur StPO (ab 2002)
WR	= „Wiener Judikatur“, Beilage zu „Der Wiener Richter“
wv	= wiederverlautbart
ZÄG	= BG über die Ausübung des zahnärztlichen Berufes und des Dentistenberufes (Zahnärztegesetz), BGBl I 2005/126
Z	= Ziffer (-n)
zB	= zum Beispiel
ZfRV	= Zeitschrift für Rechtsvergleichung, Internationales Privatrecht und Europarecht
ZIGG	= BG über die Zusammenarbeit mit den internationalen Gerichten, BGBl 1996/263
ZIStGHG	= BG über die Zusammenarbeit mit dem IStGH, BGBl I 2002/135
zit	= zitiert (-e/-er/-es)
Zl	= Zahl (-en)
ZollR-DG	= BG betreffend ergänzende Regelungen zur Durchführung des Zollrechtes der EG (Zollrechts-Durchführungsgesetz), BGBl 1994/659
ZollR-DG-Nov 2004	= 5. Zollrechts-Durchführungsgesetz-Novelle, BGBl I 2004/26
ZP	= Zusatzprotokoll zur EMRK
ZRP	= Zeitschrift für Rechtspolitik
ZStrR	= Zeitschrift für Strafrecht [Schweiz]
zust	= zustimmend
zutr	= zutreffend
zwl	= zweifelnd

Literaturverzeichnis

- Aichhorn/Rinnerthaler* (Hrsg), *Scientia iuris et historia*. Festschrift für Peter Putzer zum 65. Geburtstag (2004)
- Aigner*, Durchführungsverordnungen zum Suchtmittelgesetz, RdM 1997, 151
- Aigner/Kierein/Kopetzki*, Ärztesgesetz 1998 samt erläuternden Anmerkungen³ (2007)
- Bertel*, Probleme des Suchtgiftstrafrechts, in *Moos et al*, FS Jesionek (2002) 297
- Bertel*, Die Gewerbsmäßigkeit. Eine kriminalpolitische Betrachtung, JRP 1998, 265
- Birklbauer*, Probleme bei der Grenzmengenberechnung nach dem neuen Suchtmittelrecht, ÖJZ 1999, 300
- Birklbauer*, Die Auswirkungen des Strafrechtsänderungsgesetzes (StRÄG) 2015 auf den medizinischen Bereich, RdM 2016/2, 4
- Birklbauer/Keplinger*, Suchtmittelgesetz. Praxiskommentar⁵ (2016) samt Ergänzungsblättern zur SMG-Nov 2016
- Birklbauer/Leitgöb*, Behandlung von Suchtmittelabhängigkeit im österreichischen Strafvollzug. Zwischenbericht einer empirischen Studie, JSt 2013, 231
- Birklbauer/Machac*, Suchtmittelrecht für die Praxis (2017)
- Bischof/Soyer*, Suchtmittelgesetz und Verordnungen (2001)
- BMG* (Hrsg), Handbuch für die Vollziehung des § 12 SMG. Leitlinie für die Gesundheitsbehörden² (BMG-Handbuch 2017 – https://www.bmgf.gv.at/home/Gesundheit/Drogen_Sucht/Drogen/Leitlinie_fuer_die_Gesundheitsbehoerden_Handbuch_fuer_die_Vollziehung_des_sect_12_Suchtmittelgesetz [6. 11. 2017])
- Bogensberger*, Neue europäische Entwicklungen im Bereich des Suchtmittelstrafrechts, JSt 2013, 204
- Bohé*, Nebenstrafrecht. Handbuch (2010)
- Böse*, Der Grundsatz „ne bis in idem“ in der Europäischen Union (Art 54 SDÜ), GA 2003, 744
- Bossong*, Substitutionsbehandlung in Europa: Was können wir aus der Europäisierung der Drogenpolitik lernen? Wiener Zeitschrift für Suchtforschung 1998, H 2/3, 53
- Bruckmüller/Köchel/Fischer/Jagsch/Soyer*, Medizinische und juristische Beurteilung substanzabhängiger (mutmaßlicher) Täter, JRP 2011, 267
- Burgstaller*, Strafbarer oder strafloser Versuch? JBl 1986, 76
- Burgstaller*, Glosse zu 10 Os 95/85, JBl 1986, 129 (130)

Burgstaller, Drogenstrafrecht in Österreich, ÖJZ 1986, 520

Dax/Hopf (Hrsg), Abkürzungs- und Zitierregeln der österreichischen Rechtssprache und europarechtlicher Rechtsquellen (AZR)⁷ (2012)

Dittrich/Kocsis/Haller, „Therapie statt Strafe“ – Die Anwendung gesundheitsbezogener Maßnahmen bei 200 süchtigen Straftätern, Wiener Zeitschrift für Suchtforschung 2003, 5

Ebensperger, Strafrechtliches „ne bis in idem“ in Österreich unter besonderer Berücksichtigung internationaler Übereinkommen, ÖJZ 1999, 171

Ebensperger, Begriff, Abgrenzung und Bedeutung der Beschaffungskriminalität, RZ 2000, 79

Ebensperger, Die strafrechtlichen Auswirkungen des Cannabis-Anbaus, Juridikum 2001, 33 und 55

Eisenbach-Stangl/Burian, Zwischen Strafrecht und Therapiemarkt. Die Entwicklung des Behandlungssystems für Drogenabhängige in Österreich, Wiener Zeitschrift für Suchtforschung 1998, H 2/3, 5

Emberger/Wallner (Hrsg), Ärztegesetz mit Kommentar² (2008)

Epp, Das Problem der grenzüberschreitenden Suchtgiftkriminalität mit Ausblicken, ÖJZ 1977, 452

Erben/Kodek/Pipal, Kommentar zur Suchtgiftgesetzgebung (1980) samt ErgH zur SGG-Nov 1980 (1980)

Erben/Kodek/Pipal, SGG 1951 idF SGG-Nov 1980, Ergänzungsheft zum Kommentar zur Suchtgiftgesetzgebung (1980)

Fabrizy, Strafgesetzbuch samt ausgewählten Nebengesetzen¹² (2016)

Fabrizy, Die österreichische Strafprozessordnung (Strafprozessordnung 1975) mit dem neuen Vorverfahren und den wichtigsten Nebengesetzen¹² (2014) mit ErgH (2016)

Fabrizy, Das österreichische Suchtmittelrecht⁶ (2016)

Felnhofer-Luksch/Beclin, Aktuelles zur gewerbmäßigen Begehung des Diebstahls nach § 130 StGB, in Graf/Medigovic, FS Burgstaller (2004) 493

Fenyves/Kerschner/Vonkilch (Hrsg), 3. Auflage des von Dr. Heinrich Klang begründeten Kommentars zum ABGB (ab 2006)

Flora, Die Grenzmengenberechnung im Lichte des neuen SMG, AnwBl 2000, 12

Foregger/Litzka, Suchtgiftgesetz (1980)

Foregger/Litzka, Suchtgiftgesetz² (1985)

Foregger/Litzka/Matzka, Suchtmittelgesetz (1998)

Foregger/Litzka/Matzka, Ergänzungsheft auf Grund der SMG-Nov 2001 (2001)

Foregger/Nowakowski (Hrsg), Wiener Kommentar zum Strafgesetzbuch (WK¹; ab 1979)

Friedrich, Der „Fortsetzungszusammenhang“ bei Venier – Stärkung oder Schwächung des „fortgesetzten Delikts“? ÖJZ 1991, 155

Einleitung

Stellt man die Frage, wie mit dem Drogenproblem umzugehen sei, so erhält man in der Regel ebenso viele unterschiedliche Antworten, wie man Menschen danach fragt. Eine seriöse Antwort lässt sich nur finden, wenn man weiß, wo unsere Gesetze herkommen, wie sie sich entwickelt haben, wohin sie ungefähr gehen, und wenn man den Blick über die Grenzen auf das wirft, was international maßgeblich ist. Bei allem Studium des Gewesenen und des Bestehenden sollte man aber nicht vergessen, dass sich die Umstände, Lösungsansätze und Ansichten in diesem Bereich mit den Zeitläuften auch ändern.

1. Während die europäischen Staaten in der Zwischenkriegszeit einschlägige Strafbestimmungen zunächst auf geringem Repressionsniveau schufen, wurden die Sanktionen nach dem Zweiten Weltkrieg vorerst immer strenger. Erst in der Folge setzte auf internationaler Ebene ein Umdenkprozess ein, der das Ergebnis der Erfahrungen mit der mangelnden Wirkung des traditionellen Sanktionensystems bei der Drogenkontrolle war. Staaten wie die USA schienen den Plafond strafrechtlicher Mittel bereits erreicht zu haben, ohne das Problem in den Griff zu bekommen. Andere, insbesondere europäische Staaten, waren neuerdings mit einem Problem konfrontiert, das dort bis dahin kaum eine Rolle gespielt hatte.

Das Ergebnis dieses Umdenkprozesses war die **Einzigste Suchtgiftkonvention (ESK)** der Vereinten Nationen von 1961 in der Fassung des Protokolles von 1972, BGBl 1978/531. Nach Artikel 36 dieser Konvention sind die Vertragsstaaten zwar verpflichtet, jeden konventionswidrigen Umgang mit Suchtgiften mit Strafe zu bedrohen. Nach der gleichen Bestimmung müssen aber die Vertragsstaaten Süchtige für Suchtgiftdelikte nicht bestrafen, sondern können stattdessen, also alternativ, Maßnahmen der Behandlung, der Rehabilitation und der sozialen Wiedereingliederung vorsehen. Diese Bestimmungen, deren Bedeutung für die neuere Drogenpolitik der internationalen Staatengemeinschaft nicht hoch genug eingeschätzt werden kann, haben praktisch in allen Staaten Europas (und auch in Österreich) zu – wenn auch unterschiedlich ausbalancierten –

Systemen kriminalpolitischer Maßnahmen einerseits sowie gesundheits- und sozialpolitischer Maßnahmen andererseits geführt. Im Vergleich zur relativen Einfallslosigkeit staatlicher Intervention früherer Zeit ist der Wirkungsbereich dieser Maßnahmen seit den siebziger Jahren wesentlich bunter und komplexer, aber auch effizienter und einzelfallbezogener geworden.

2. Kaum ein anderes Gebiet des österreichischen Kern- oder Nebenstrafrechtes hat seit 1970 eine ähnlich dynamische Entwicklung durchgemacht wie das Drogenstrafrecht. Das **Suchtgiftgesetz 1951 (SGG)**, BGBl 1951/234, hat durch die Novellen der Jahre 1971, 1978, 1980 und 1985 jeweils bedeutsame Umgestaltungen erfahren. Auch das 1998 in Kraft getretene **SMG**, BGBl I 1997/112, wurde zwischenzeitig mehrfach novelliert.

Dieser **Reformprozess** ist nicht das Produkt eines orientierungslosen Gesetzgebers, sondern lässt (Ausnahmen bestätigen – so darf man hoffen – die Regel) eine grundlegende Linie erkennen, welche für die österreichische Strafrechtsentwicklung der letzten Jahrzehnte überhaupt zu stehen vermag, nämlich die Individualisierung der strafrechtlichen Reaktion. Während der Süchtige zunehmend als Kranker behandelt wird, erscheint der „Dealer“ immer mehr als der eigentliche Täter, dem das Strafrecht mit seiner ganzen Härte begegnen soll.

Erst mit der Novelle 1980 hat sich der Gesetzgeber der Einsicht gestellt, dass dieser idealtypische Dualismus die Realität insofern nur mangelhaft abbildet, als der durchschnittliche Drogentäter oft beide Rollen – in unterschiedlicher Ausprägung – in seiner Person vereinigt: Er ist Süchtiger und Händler, genauer gesagt, er ist Händler aus Sucht. Dieser Umstand bringt es notwendig mit sich, dass das für den Süchtigen entwickelte Behandlungskonzept in der Praxis mit der für Händler bestimmten repressiven Reaktion kollidiert. Damit ist der Gesetzgeber – nicht nur in Österreich! – vor die Frage gestellt, ob der süchtige Händler vorrangig präventiv als ein der Therapie bedürftiger Kranker oder repressiv als Krimineller behandelt werden soll. Der Gesetzgeber sieht sich dabei im Zwiespalt zwischen Strafbedürfnissen der Bevölkerung, die sich gegen die Außenseiter der Drogenszene richten, und der besseren Einsicht der Fachleute, die von einer Kriminalisierung des Problems zunächst wenig

erhoffen und diesen Mangel an Erwartungen durch die spätere Praxis auch noch bestätigt sehen.

Die Rückwirkungen dieser verkrampten Situation auf die **politische Willensbildung** in Österreich waren so schwerwiegend, dass es zeitweise fast unmöglich schien, sinnvolle Betreuungsalternativen zu setzen, ohne gleichzeitig die gewissermaßen *compensando* eingewendeten Forderungen nach höheren Strafen, mehr Polizeibefugnissen und medizinisch-therapeutischer Zwangsversorgung zu berücksichtigen.

Dieses politische Ritual, einerseits die Strafe gegen den Drogenkonsum praktisch in erheblichem Umfang durch therapeutische Interventionen zu substituieren, andererseits zugleich das Dogma der Strafbarkeit jedes Drogenkonsums und -besitzes hochzuhalten, erregt den Verdacht der Doppelbödigkeit, zeigt jedoch auch recht deutlich den beschränkten politischen Handlungsspielraum. Kaum meint man, die Grenzen solchen Vorgehens im repressiven Kernbereich des Suchtmittelrechtes wären bereits erreicht (zumal Österreich seit der Suchtgiftgesetznovelle 1985 zu den Hochstrafenländern Europas zählt), spülen tagespolitische Gegebenheiten Strömungen an die Oberfläche, die in weitere Verschärfungen münden, welche jedoch oft (wie etwa die Einführung der lebenslangen Freiheitsstrafe durch die SMG-Novelle 2001) eher den symbolhaften Charakter eines System- und Tabubruches (Höchststrafe für bloßes Gefährdungsdelikt) als faktisch belegbare Relevanz haben.

Daneben eröffnete und eröffnet sich im Bereich medizinischer, insbesondere aber psychotherapeutischer und sozialer Intervention ein relativ weites und buntes Feld von Hilfestellungen, das den Gefahren der Hypertrophie therapeutischer Interventionen ausweichen muss, zumal in Zeiten wirtschaftlicher Krisen und knapper staatlicher Budgets.

3. Der Weg der österreichischen **Drogenpolitik zwischen Repression und Diversion** wurde entscheidend durch Änderungen des Suchtgiftgesetzes in den Jahren 1971, 1980 und 1985 geprägt.

Durch die **Novelle 1971**, BGBl 1971/271, wurden Strafbestimmungen verschärft, neue Strafbestimmungen geschaffen und erstmals die Möglichkeit eröffnet, Suchtgiftkonsumenten, die sich einer notwendigen ärztlichen Behandlung oder Überwachung unterziehen, straflos zu lassen. Diese Verfahrenseinstellung wurde vielfach als

Bundesgesetz über Suchtgifte, psychotrope Stoffe und Drogenausgangsstoffe (Suchtmittelgesetz – SMG)

(Gesetzestext mit Kommentierung)

BGBI I 1997/112 idF BGBI I 1998/30, I 2001/51, I 2001/98, I 2002/134, I 2007/110, I 2008/143, I 2010/111, I 2011/21, I 2012/50, I 2014/71, I 2015/112, I 2015/144, I 2016/23 und I 2017/116

1. Hauptstück Anwendungsbereich und Begriffsbestimmungen

[Anwendungsbereich, Begriff Suchtmittel]

- § 1. (1) Diesem Bundesgesetz unterliegen Suchtgifte, psychotrope Stoffe und Drogenausgangsstoffe.**
(2) Suchtmittel im Sinne dieses Bundesgesetzes sind Suchtgifte und psychotrope Stoffe.

IdF BGBI I 2008/143 [durch dieses Abs 1 geändert („Drogenausgangsstoffe“); im Übrigen in der Stammfassung].

Übersicht

	Rz
I. Regelungsinhalt	1
II. Internationale Rechtsgrundlagen	3
III. Konstitutive Suchtmittelverordnungen	10
IV. Substanzermittlung: Tat- oder Rechtsfrage	11

I. Regelungsinhalt

Das Gesetz definiert (anders als die Gesetzgebungen früherer Jahrzehnte; vgl die Kurzdarstellungen bei *Hinterhofer* in *Hinterhofer/Rosbaud*, SMG Vor §§ 27–32 Rz 1 ff mwH; und *Schwaighofer* in *WK²* Vor §§ 27–40 SMG [2016] Rz 1 ff) die Begriffe Suchtmittel und Suchtgift nicht selbst inhaltlich („Stoffe und Zubereitungen, die geeignet sind, eine Sucht hervorzurufen“), sondern verweist auf inter-

nationale Konventionen, denen Österreich im Laufe der Jahrzehnte beigetreten ist, und – vor allem – auf V des Gesundheitsministeriums (gem BMG-Nov 2009, BGBl I 2009/3, und BMG-Nov 2014, BGBl I 2014/11, BMG, nunmehr gem BGBl I 2016/49 BMGF, in diesem Buch in der Folge kurz: BMG), in denen die kontrollierten Substanzen **konstitutiv und taxativ** erfasst sind (*Hinterhofer/Rosbaud* in *Hinterhofer/Rosbaud*, SMG §§ 1–4 Rz 2f; *Schwaighofer* in WK² Vor §§ 27–40 SMG [2016] Rz 19). Bei den V (SV und PV) spielt eine entscheidende Rolle der Umstand, dass sie auf den ständigen Wandel auf diesem Gebiet rascher als Gesetz und Vertragswerke reagieren können – selbstverständlich im Einklang mit dem inländischen Gesetz und internationalen Verträgen.

- 2 § 1 umschreibt den **Regelungsinhalt**. Danach unterliegen dem Suchtmittelgesetz **Suchtgifte, psychotrope Stoffe und Drogenausgangsstoffe** (früher „Vorläuferstoffe“; „precursors“), wobei die beiden Erstgenannten unter dem „Suchtmittel“ zusammengefasst werden. Die Erklärung, was innerstaatlich unter diesen Begriffen zu verstehen ist, enthalten die §§ 2–4. Diese Begrifflichkeit baut auf den folgenden **inter- und supranationalen Rechtsgrundlagen** auf (vgl JME 12. 12. 1997, JABl 1998/2 [unten Anh IV.A.1], Pkt 1).

II. Internationale Rechtsgrundlagen

- 3 Das internationale **Drogenkontrollsystem der Vereinten Nationen** basiert auf drei (in **Anh I** abgedruckten) internationalen Übereinkommen:
- 4 der „**Einzigsten Suchtgiftkonvention (Single Convention) 1961**“ in der durch das Protokoll von 1972 geänderten Fassung (BGBl 1978/531), der Österreich bereits frühzeitig beigetreten war, sowie dem **Übereinkommen von 1971 über psychotrope Stoffe** (BGBl III 1997/148) und dem **Übereinkommen gegen den unerlaubten Verkehr mit Suchtgiften und psychotropen Stoffen („Wiener Konvention“)** 1988 (BGBl III 1997/154), die für Österreich im Zusammenhang mit der Gesetzwerdung des SMG in Kraft getreten sind.

Zur Geschichte des internationalen Drogenkontrollregimes seit Anfang des 20. Jahrhunderts s *Erben/Kodek/Pipal*, Kommentar (1980) 11f; *Hinterhofer* in *Hinterhofer/Rosbaud*, SMG Vor §§ 27–32 Rz 7ff mwH.

Matzka/Zeder/Rüdissler

SMG

Suchtmittelgesetz

3. Auflage

Die Neuauflage des umfassenden Kommentars zum Suchtmittelrecht bietet

- eine **praxisorientierte Kommentierung**
 - des **Suchtmittelgesetzes (SMG)** und
 - des 2011 neu geschaffenen **Neue-Psychoaktive-Substanzen-Gesetzes (NPSG)** – **erstmalig in dieser Ausgabe!**
- mit allen Neuerungen durch die acht Gesetzesnovellen seit der Voraufgabe 2009
- Rechtsprechung, Lehre und Gesetzesmaterialien **vollständig eingearbeitet**
- internationale Übereinkommen und EU-Vorschriften (mit Einführung zum Drogenrecht der EU)
- österreichische Verordnungen und Erlässe
- Überblick über das „Handbuch für die Vollziehung des § 12 Suchtmittelgesetz“ des Gesundheitsministeriums

MMag. **Michael Matzka** ist Hofrat des Obersten Gerichtshofes.

Dr. **Fritz Zeder** ist Leitender Staatsanwalt im Bundesministerium für Justiz und Honorarprofessor an der Universität Wien.

Mag. **Gabriel Rüdissler** ist Richter des Landesgerichtes Feldkirch.

www.manz.at

ISBN 978-3-214-04553-1

